

**Dr. Stephan Eisel**  
An der Vogelweide 11  
53229 Bonn  
stephan.eisel@gmx.net  
(21. Januar 2013)

## Zur Landtagswahl in Niedersachsen

# Der Warnschuss aus Hannover

Das Ergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen vom 20. Januar 2013 ist ein deutlicher Warnschuss für die Koalition aus CDU, CSU und FDP, die sich im September dem Wählervotum stellen muss. 2009 hatte die schwarz-gelbe Koalition vor dem linken Lager lediglich einen Vorsprung von 2,4 Prozent vor dem linken Lager. Die Bundestagswahl 2013 wird wieder ein Kopf-an-Kopf-Rennen bringen. Dabei gibt die Niedersachsen-Wahl wichtige Hinweise, denn sie hat als wichtige Landtagswahl vor die Bundestagswahl eine besonders nachhaltige Wirkung.

### 1) **Umfragen ersetzen keine Wahlen**

Es ist Mode geworden, Umfragezahlen für tatsächliche Wahlergebnisse zu halten, obwohl die Wähler dies regelmäßig widerlegen. Entscheidender Bezugspunkt für die Bewertungen von Wahlen bleiben aber die letzten Wahlergebnisse. Niedersachsen hat wieder gezeigt: Man kann Wahlen gegenüber Umfragedaten gewinnen, tatsächlich aber verlieren. Im Vergleich zur Landtagswahl 2008 heißen die Verlierer CDU (-6,5), und Linke (-4,0) und die Gewinner Grüne (+5,7), SPD (2,3) und FDP (+1,7). Ernsthafte Wahlanalysen legen diesen Vergleich zugrunde.

### 2) **Parteien sind wichtiger als Personen**

Trotz des hohen Beliebtheitsgrades von Ministerpräsident David McAllister hat der Oppositionsführer die Wahl gewonnen. Überheblichkeit der Union angesichts der hohen Beliebtheit von Angela Merkel und des Fehlstarts von SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück wäre also völlig fehl am Platz. Nicht wenige Wähler schätzen die Bundeskanzlerin, wählen aber trotzdem SPD und Grüne. Die meisten Wähler treffen mit ihrer Stimme eine politische Grundsatzentscheidung: Personen können einen Unterschied machen, aber selten den Trend umkehren.

### 3) **Krisenbewältigung ist kein Politikersatz**

Für die CDU reicht es nicht aus, für jedes Problem eine handwerklich solide Lösung vorzuschlagen. Seriöses Krisenmanagement ist zwar unverzichtbar, wird aber gerade von der Union als selbstverständlich erwartet. Sie muss mehr bieten: Die Menschen wollen gerade von einer "C"-Partei wissen, warum welches Werteverständnis ihr politisches Handeln trägt. Sie wollen wissen, wie es nach der Krise weitergeht und welche Zukunftskonzepte die Union hat. Dabei muss die CDU besser erklären, warum sie sich nicht nur in den Ergebnissen ihrer Politik, sondern auch in deren Herleitung von ihren Konkurrenten unterscheidet. Der Pragmatismus des Tages gibt für sich genommen zu wenig Auskunft über den Kompass des Handelns.

### 4) **FDP punktet mit dem „Totenglöcklein“**

In Niedersachsen hat die FDP nach Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zum dritten Mal einen Wahlerfolg durch die ständige Berichterstattung über ihren Untergang erzielt. Damit wird eine Strategie wiederbelebt, die schon Hans-Dietrich Genscher zu Perfektion entwickelt hat: Der vermeintliche Kampf mit der 5-Prozent-Hürde hat immer wieder so viele Wähler der jeweiligen Koalitionspartner für die FDP mobilisiert, dass diese Hürde sicher genommen werden konnte. Die FDP wird auch bei der Bundestagswahl 2013 auf diese bewährte Strategie setzen.

### 5) **Leihstimmen schaden der CDU mehr als sie der FDP helfen**

Es führt in eine Sackgasse, die Schwäche der FDP auf Kosten der Stärke der CDU überwinden zu wollen: Die CDU hat in Niedersachsen bei den Zweitstimmen 6,5 Prozent verloren, die FDP nur 1,7 Prozent gewonnen. Selbst bei den Erststimmen, wo die FDP 2,3 Prozent verlor, gab es

Verluste der CDU (- 1,7 Prozent). Erneut zeigte sich: Weder erreicht die FDP alle Wähler, die sich von der Union abwenden, noch landen enttäuschte FDP-Wähler automatisch bei der Union. Es bleibt auch nicht ohne Folgen, dass nur noch zwei (Bayern und Hessen) der sechs von der Union geführten Landesregierungen Koalitionen mit der FDP sind.

**6) Die CDU schwächelt in der Fläche**

Es ist über viele Jahrzehnte eine allgemeine Erfahrung, dass Koalitionen auf Bundesebene bei Landtagswahlen eher verlieren. Die Wähler setzen auf Machtbalance und wollen in den Ländern auch ein Gegengewicht zum Bund. Daraus kann aber auch die Vorbereitung eines Machtwechsels entstehen: Zum Ende der Regierung Helmut Kohl 1998 stellten CDU/CSU nur noch sechs von 16 Regierungschefs in den Ländern, zum Ende der Regierungszeit von Gerhard Schröder 2005 waren es elf und zur Bundestagswahl 2013 sind es wieder nur sechs. Die Union stellt heute auch nur noch rund ein Drittel aller Landtagsabgeordneten in Deutschland. So wenige waren es noch nie. Außerdem sind manche Landesverbände nach Wahlniederlagen zu lange mit sich selbst beschäftigt. Das darf der Bundespartei nicht gleichgültig sein.

**7) Wahlbeteiligungen sinken nicht generell**

Immer wieder wird fälschlicherweise unterstellt, es gebe einen anhaltenden Trend zurückgehender Wahlbeteiligungen. In Niedersachsen ist die Wahlbeteiligung um 2,3 Prozent gestiegen. Tatsächlich sind nämlich Schwankungen in der Wahlbeteiligung zu beobachten. Das zeigen die Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009: Zuwächsen bei der Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg (+12,8), Sachsen-Anhalt (+6,8), Rheinland-Pfalz (+3,6), Niedersachsen (+2,3) und Berlin (+2,2) stehen Rückgänge in Schleswig-Holstein (-13,5), Mecklenburg-Vorpommern (-7,4), dem Saarland (-6), Hamburg (-5,2), Nordrhein-Westfalen (-3,7) und Bremen (-3) gegenüber. Auch die bei der Bundestagswahl 2009 mit 70,8 Prozent außergewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung wird angesichts des erwarteten knappen Wahlausgangs mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen.

**8) Die Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ gehört auf den Prüfstand**

Wer eigene Stellungnahmen zu kontroversen Themen vermeidet, um potentiellen Wähler des politischen Gegners nicht zu mobilisieren, geht ein großes Risiko ein: Er verzichtet auch darauf, den eigenen Anhängern durch ein deutliches Profil zu signalisieren, dass es wichtig ist, zur Wahl zu gehen. Bei der Bundestagswahl 2009 hat dies vordergründig zu einem Sieg der schwarz-gelben Koalition geführt. Aber bei einem Absinken der Wahlbeteiligung um fast sieben Prozent hatte nicht nur die SPD massive Einbrüche, sondern auch die Union zwei Millionen Wähler weniger. In Niedersachsen hat die CDU trotz gesunkener Wahlbeteiligung fast 200.000 Stimmen verloren. Bei Wahlen haben die Bürger einen Anspruch auch zwischen unterscheidbaren politischen Konzepten wählen zu können und sie müssen spüren, dass es auf jede Stimme ankommt.

**9) Die Piraten-Hysterie ist vorbei**

Vor einem Jahr hat die Piratenpartei noch alle Schlagzeilen bestimmt, bei der Niedersachsen-Wahl spielte sie mit 2,1 Prozent weniger als eine Randrolle. Der Abstieg der Piraten ist ebenso dramatisch wie ihr Aufstieg und ein faszinierendes Beispiel der Schnellebigkeit unserer Mediengesellschaft. Aber Technikfaszination und führt ohne Demokratiekompetenz in eine Sackgasse. Exotisches Auftreten kann die Wähler auf Dauer nicht von mangelnder inhaltlicher Substanz ablenken. Das ist eine gute Nachricht.

**10) Extremisten von links und rechts scheitern**

Die in Niedersachsen besonders linksextrem ausgerichtete Linke verlor über die Hälfte ihrer Stimmen. Nach Bayern, NRW, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hat sie damit mit nur 3,1 Prozent im sechsten westdeutschen Flächenland den Einzug ins Parlament verpasst. Auch die NPD hat die Hälfte ihrer Stimmen verloren und ist mit 0,8 Prozent in der Bedeutungslosigkeit versunken. Das ist ein Reifezeugnis für unsere Demokratie.